

## Mündliche Anfrage

Des Abgeordneten Sprinkart (Bündnis 90/ Die Grünen) vom 16.10.2006

### Frage:

Treffen Aussagen des bayerischen Bauernverbandes zu, wonach die Bundesrepublik in Folge des EU-Finanzierungsbeschlusses vom Dezember 2005 rund 5 Mrd. € Beitragszahlungen an die EU eingespart, wenn ja, profitiert Bayern von dieser Einsparung und in welchem Maße?

### Antwort Staatsministerin Emilia Müller:

Leider zahlt Deutschland nicht weniger, sondern mehr an die EU.

Fakt ist: Brutto werden die Zahlungen Deutschlands von 23,8 Mrd. (2006) auf 28,2 Mrd. € (2013) anwachsen.

Nach den Vorstellungen der Kommission hätten die Bruttozahlungen sogar auf 40 Mrd. € pro Jahr ansteigen sollen.

Es ist ein Erfolg von Bundeskanzlerin Merkel, dass diese Forderungen im letzten Moment im Europäischen Rat im Dezember 2005 abgewehrt werden konnten, denn

- Forderung der Kommission waren 1,24 % des Europäischen Bruttonationaleinkommens (EU-BNE),
- Forderung Deutschlands war 1,0 % EU-BNE,
- tatsächlich wurden jetzt 1,048 % EU-BNE erreicht.

Deutschland zahlt also in der Tat weniger nach Brüssel, als die Kommission wollte, aber trotzdem mehr als im Zeitrahmen 2000 - 2006.

Netto bedeutet das, dass Deutschland statt 8,5 Mrd. € künftig 12,5 Mrd. € pro Jahr bezahlt. Nach den Vorstellungen der Kommission, wären es bis zu 18 Mrd. € gewesen.

Wegen des glücklichen Verhandlungsgeschickes muss Deutschland statt rund 8 Mrd. € nur 4 Mrd. € pro Jahr zusätzlich abführen. Nach der Logik der

Staatsregierung eröffnet eine Mehrbelastung keinen neuen zusätzlichen Verteilungsspielraum.

Und damit zu Ihrer zweiten Frage, ob Bayern profitieren würde:

Wenn Deutschland nicht weniger bezahlt, sondern mehr als in der letzten Förderperiode 2000 – 2006, ist klar, dass Bayern nicht mehr Geld zur Verfügung hat. Es kann also nicht profitieren.